

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Digitales (23. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/12103 –**

Umsetzung des EU-Data-Acts – Für eine innovative und wettbewerbsfähige Datenwirtschaft in Deutschland

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass für die ab dem 12. September 2025 in allen EU-Mitgliedstaaten unmittelbar geltende EU-Datenverordnung eine oder mehrere für die Anwendung und Durchsetzung des Data Acts zuständige Behörden zu benennen seien. Ebenso müssten die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass die zuständigen Behörden finanziell und technisch mit ausreichenden Mitteln ausgestattet seien. Die Bundesregierung habe bisher nicht mitgeteilt, wann eine oder mehrere zuständige Behörden für die Umsetzung des Data Acts benannt würden und wann ein erster Referentenentwurf vorgelegt werde. Ohne zügige Maßnahmen laufe Deutschland jedoch Gefahr, hinter andere Länder zurückzufallen, die bereits aktiv an der Umsetzung arbeiteten. Darüber hinaus fehle betroffenen Unternehmen und Organisationen in Deutschland die Planungssicherheit.

Die Umsetzung des Data Acts eröffne zahlreiche Chancen für deutsche Unternehmen. Er ermögliche einen erweiterten Datenzugang, fördere Innovationen und schaffe mehr Wettbewerb in der Digitalwirtschaft. Unternehmen könnten neue datengetriebene Geschäftsmodelle entwickeln und bestehende Prozesse optimieren.

Vor diesem Hintergrund solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung insbesondere dazu auffordern, unverzüglich einen Gesetzentwurf für die Durchführung bzw. Umsetzung des Data Acts vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/12103 abzulehnen.

Berlin, den 9. Oktober 2024

Der Ausschuss für Digitales

Tabea Rößner
Vorsitzende

Anna Kassautzki
Berichterstatterin

Franziska Hoppermann
Berichterstatterin

Tobias B. Bacherle
Berichterstatter

Dr. Volker Redder
Berichterstatter

Barbara Benkstein
Berichterstatterin

Anke Domscheit-Berg
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anna Kassautzki, Franziska Hoppermann, Tobias B. Bacherle, Dr. Volker Redder, Barbara Benkstein und Anke Domscheit-Berg

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/12103** in seiner 188. Sitzung am 26. September 2024 beraten und an den Ausschuss für Digitales zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, an den Wirtschaftsausschuss und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 20/12103 in seiner 88. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/12103 in seiner 82. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/12103 in seiner 76. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Digitales** hat die Vorlage auf Drucksache 20/12103 in seiner 71. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, dass die Verabschiedung des Data Acts fraktionsübergreifend befürwortet werde. Insbesondere das Ermöglichen des Datenteilens sei zu begrüßen und werde zu mehr Wirtschaftswachstum führen. Man wolle mit dem eigenen Antrag darauf hinwirken, dass die zur Umsetzung erforderlichen Ressourcen noch im laufenden Haushaltsberatungsprozess bereitgestellt würden. Dies gelte insbesondere für die personelle Ausstattung des Datenkoordinators, der bei der Bundesnetzagentur angesiedelt werden sollte.

Die **Koalitionsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP** bezeichneten den Antrag als bloße Zusammenfassung des Sachstandes. Die beteiligten Bundesministerien seien bereits dabei, den Gesetzentwurf zur Umsetzung des Data Acts zu erarbeiten. Man habe volles Vertrauen, dass der Entwurf rechtzeitig und inhaltlich überzeugend vorgelegt werde.

Die **Fraktion der AfD** unterstrich die Bedeutung von Planungs- und Rechtssicherheit für die Digitalwirtschaft. Die Konzentration der Zuständigkeit auf eine Stelle sei zwar grundsätzlich zu befürworten, jedoch werde die Einsetzung der Bundesnetzagentur kritisch bewertet. Im Ergebnis werde man sich der Stimme enthalten.

Die **Gruppe Die Linke** betonte, der Data Act in seiner derzeitigen Form werde dem Gemeinwohl wenig nutzen. Er sei für die Verbraucherinnen und Verbraucher sogar nachteilhaft, da er zu viele Ausnahmen enthalte. Wahrscheinlich werde er sein Hauptziel verfehlen, zu einer Steigerung des Datenteilens im Bereich des Internet of

Things zu führen. Der Antrag der Unionsfraktion gehe an diesen Problemstellungen vorbei und werde daher abgelehnt. Der Forderung nach einer rechtzeitigen Bereitstellung von Ressourcen bei der Bundesnetzagentur stimme man aber ausdrücklich zu.

Berlin, den 9. Oktober 2024

Anna Kassautzki
Berichterstatterin

Franziska Hoppermann
Berichterstatterin

Tobias B. Bacherle
Berichterstatter

Dr. Volker Redder
Berichterstatter

Barbara Benkstein
Berichterstatterin

Anke Domscheit-Berg
Berichterstatterin

